

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-002794/2024
an die Kommission**

Artikel 144 der Geschäftsordnung

Alexandra Geese (Verts/ALE), Nicolae Ștefănuță (Verts/ALE), Sebastião Bugalho (PPE), Anna Cavazzini (Verts/ALE), Pierre Jouvét (S&D), Merja Kyllönen (The Left), Michael Bloss (Verts/ALE), David Cormand (Verts/ALE), Axel Voss (PPE), Klára Dobrev (S&D), Maria Grapini (S&D), Kim Van Sparrentak (Verts/ALE), Estelle Ceulemans (S&D), Pascal Arimont (PPE), Jutta Paulus (Verts/ALE), Reinier Van Lanschot (Verts/ALE), Saskia Bricmont (Verts/ALE), Eugen Tomac (Renew), Dirk Gotink (PPE), Wouter Beke (PPE), Olivier Chastel (Renew), Benoit Cassart (Renew), Sandro Gozi (Renew), Hannah Neumann (Verts/ALE), Stéphanie Yon-Courtin (Renew), Manuela Ripa (PPE), Markéta Gregorová (Verts/ALE), Virginijus Sinkevičius (Verts/ALE), Katarina Barley (S&D), Hanna Gedin (The Left), Birgit Sippel (S&D), Laura Ballarín Cereza (S&D), Siegfried Mureșan (PPE), Michal Wiezik (Renew), Lucia Yar (Renew), Murielle Laurent (S&D), Alex Agius Saliba (S&D)

Betrifft: Rolle von TikTok bei der Präsidentschaftswahl in Rumänien

Am 24. November 2024 gewann der rechtsextreme Politiker Călin Georgescu den ersten Wahlgang der rumänischen Präsidentschaftswahl. In Medienberichten wurde dieser Sieg als „TikTok-Sieg“ bezeichnet. Es stellt sich die Frage, ob TikTok gegen das Gesetz über digitale Dienste verstößt.

Insbesondere wurde im Bericht von TikTok über die Bewertung der systemischen Risiken nicht auf Elemente eingegangen, die vor der Wahl beobachtet wurden, z. B. koordiniertes fragwürdiges Verhalten zur Beeinflussung von Empfehlungssystemen, Integration politischer Inhalte in Konten mit dem Schwerpunkt Unterhaltung sowie Influencer, die dafür bezahlt wurden, politische Botschaften zu verbreiten, gleichzeitig aber aufgefordert wurden, diese Tatsache nicht offenzulegen. Auch illegale Inhalte im Zusammenhang mit Gunstbezeugungen für historische faschistische Persönlichkeiten wurden nicht von der Plattform entfernt.

Schließlich scheinen die in den Leitlinien zur Minderung systemischer Risiken im Zusammenhang mit Wahlprozessen enthaltenen Maßnahmen – etwa die Aufdeckung und Unterbindung der Manipulation des Dienstes, die Anpassung der Verfahren zur Moderation von Inhalten und die Anpassung von Algorithmen, die Verhinderung des missbräuchlichen Einsatzes von Werbesystemen und die Sicherstellung der Erkennbarkeit von politischer Werbung in Inhalten – ignoriert worden zu sein.

1. Falls die Kommission eine Untersuchung in dieser Angelegenheit durchführt, auf welche Arten von Verstößen gedenkt sie sich zu konzentrieren?
2. Beabsichtigt die Kommission, gemäß Artikel 34 der Verordnung (EU) 2022/2065 (Gesetz über digitale Dienste) eine Untersuchung zu Mechanismen einzuleiten, die systematisch dazu führen, dass Desinformation schneller verbreitet wird als Informationen, zumal solche Mechanismen ein systemisches Risiko für den öffentlichen Diskurs und Wahlen darstellen?

Eingang: 5.12.2024